vertraulich/verschlossen

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz, Antidiskriminierung,

Herrn Abg. Holger Krestel
– im Hause –

---------------

Berlin, den 27. Januar 2020

Beteiligung des für die Verfassung zuständigen Ausschusses an verfassungsgerichtlichen Verfahren gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs, hier:

Verfassungsbeschwerden

1. VerfGH 185/17 und

2. VerfGH 25/18 –

gegen den zweiten Meldedatenabgleich im Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag i. V. m. Art. 4 Nr. 8 des Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages i. V. m. § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages

Sehr geehrter Herr Krestel,

bei dem Verfassungsgerichtshof sind die o. g. Verfassungsbeschwerden anhängig gemacht worden. Die Beschwerdeführer wenden sich im Wesentlichen gegen den zweiten Meldedatenabgleich im Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Art. 4 Nr. 8 des Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages i. V. m. § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages). Der Beschwerdeführer zu 2 wertet darüber hinaus u. a. die Internetauftritte der Rundfunkanstalten als eine Überschreitung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrages.
Die Beschwerdeführer sehen sich unter anderem in ihren Grundrechten auf Gleichbehandlung (Art. 10 Abs. 1 der Verfassung von Berlin - VvB -), auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 33 VvB) sowie auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 VvB) verletzt.


Gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs ist bei verfassungsgerichtlichen Verfahren, an denen das Abgeordnetenhaus beteiligt ist, die Anhörung des für die Verfassung zuständigen Ausschusses vorgesehen. Daher gebe ich dem Rechtausschuss Gelegenheit zur Äußerung und bitte Sie, mich über das Ergebnis zu informieren.


Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]